

# Eine Spazierfahrt - keine Aufholjagd

*Der Digitalstrategie der EU-Kommission fehlen Mut und ein gesellschaftspolitisches Ziel*



**Petra Kammerevert**  
Geboren: 1966  
1985 - 1992 Studium Soziologie und Politikwissenschaft  
1992 - 2002 Mitarbeiterin einer Europaabgeordneten  
2002 - 2009 Geschäftsstelle des ARD-Programmbeirats  
Seit 1984 Mitglied der SPD  
Seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments  
Seit 2009 stellv. Vorsitzende der Netz- und medienpolitischen Kommission der SPD

Von Petra Kammerevert (SPD), Mitglied des Europäischen Parlaments

*Die Anfang Mai seitens der Europäischen Kommission vorgestellte „Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa“ rückt zwar die Digitalisierung in das Zentrum europäischer Politik, die angekündigte „Aufholjagd“ dürfte das aber wohl nicht auslösen. Netzpolitisch wären mutigere Schritte wünschenswert.*

*Im Grunde ist die Strategie ein Fahrplan für 16 Maßnahmen, die bis Ende 2016 auf den Weg gebracht werden sollen und uns den Weg zu einer europäischen Digitalunion ebnen sollen.*

In nur vier Bereichen ist ausdrücklich gesetzgeberisches Handeln vorgesehen: Einfachere Vertragsbestimmungen für Verbraucher und Unternehmen, Vorschläge für eine Urheberrechtsreform, Vorschläge zur Verringerung des Aufwands, der aus unterschiedlichen MwSt-Sätzen resultiert sowie die Überarbeitung der Telekommunikationsvorschriften. Ansonsten ist viel von „überprüfen, analysieren und planen“ die Rede - vor allem auch mit Blick auf die AVMD-Richtlinie, auch wenn Kommissar Oettinger auf Nachfrage immer wieder versichert, er werde hier zügig gesetzgeberisch initiativ werden. Schwarz auf Weiß ist davon jedoch nichts zu lesen. Schon dies lässt die Euphorie für diese „Strategie“ erheblich sinken. Schaut man genauer hin, wird es leider nicht besser.

## **Keine umfassende Reform des Urheberrechts**

Eine umfassende Reform des Urheberrechts wird es danach nicht geben. Tagespolitisch beeinflusst nimmt Geoblocking einen größeren Raum ein, als ihm, gemessen an seiner Bedeutung, zusteht. Aus meiner Sicht lässt sich das Geoblocking-Problem schnell lösen, indem man die Portabilität rechtmäßig erworbener

digitaler Inhalte auch über Ländergrenzen hinweg möglichst uneingeschränkt zulässt und zudem Idee der Weitersendung aus der Satelliten- und Kabelrichtlinie auf online-Übertragungen ausweitet. Hier ist der Kommissionsansatz zu begrüßen. Ein völliges Abschaffen des Geoblockings durch (zwangsweisen?) Erwerb paneuropäischer Lizenzen mag populär klingen. Dies würde aber den Rechteerwerb auf der Seite der Inhalteanbieter deutlich verteuern, so dass kleinere Anbieter sich diesen kaum mehr würden leisten können.

## **Gefahr einer erheblichen Vielfaltseinschränkung**

Die Konsequenz wäre eine erhebliche Vielfaltseinschränkung. Es wäre naiv zu glauben, Rechteinhaber würden diese zum gleichen Preis, wie zuvor für begrenzte Gebiete, dann EU-weit zugänglich machen. Für Rechteerwerber müssen vor allem die Möglichkeiten erhalten bleiben, den Rechteerwerb auf ein Sprach- oder Kulturgebiet begrenzen zu können, um so Produktionskosten im Rahmen zu halten. Die Erweiterung der Idee der Kabel/Satelliten-Weitersendung mag hier den gewünschten Ausgleicheffekt erzielen, wird aber auch nie zu einer

Gesamtabschaffung des Geoblockings führen.

Ansonsten bleibt es beim Urheberrecht dann doch recht nebulös: Man hat zwar Ausnahmen und Schranken vor allem noch im Bereich der Bildung und Forschung konkret im Blick, kommt dann aber schon zur Frage, ob „Online-Mittler in Bezug auf urheberrechtlich geschützte Werke“ verstärkt zur Verantwortung gezogen werden sollen. Hier verbirgt sich netzpolitisch die Gefahr, dass die Frage der Providerhaftung erneut auf die Tagesordnung gesetzt wird, wie weit diese geht und ob sie auch Access /Service-Provider betreffen soll, wird sehr bewusst offen gelassen. Die Gewichtung ist schon bemerkenswert: Während sich ein ganzer Abschnitt der Bekämpfung illegaler Inhalte im Netz widmet, sucht man vergeblich nach einer ähnlichen Aufmerksamkeit für innovative, leicht zugängliche und verbraucherfreundliche Micropaymentssysteme für Bezahlangebote.

## **Kein Ansatz für open sources**

Es findet sich kein Ansatz für open sources oder für Konzepte für das Vorantreiben quelloffener Software, um so Hintertüren von vornherein zu schließen und gemeinsam an echten

Schutzschilden in der digitalen Welt arbeiten könnte. Cybersicherheit in der Daten-Cloud werden wir nicht dadurch erreichen, wenn man einigen wenigen, womöglich außereuropäischen Großunternehmen das Schreiben der Software unter Wahrung möglicher Intransparenz überlässt. Die Schaffung europäischer Cloudsysteme reicht da bei Weitem nicht aus. Auch würde es einem einheit-

**„Um die europäische Aufholjagd zu starten, müsste sehr klarer umrissen werden was man will und was nicht.“**

lichen Binnenmarkt dienlich sein, wenn Interoperabilität und Technologieneutralität als universale Prinzipien festgeschrieben werden würden - sie spielen hier aber nur eine untergeordnete Rolle.

Zwar wird erkannt, dass Medienkompetenz bzw. Digitale Souveränität entscheidende Faktoren sein werden, jedoch fehlt jeder Hinweis darauf, wie diese zum Beispiel mit „open education“-Konzepten und neuen Möglichkeiten, die sich durch Digitalisierung auch in der Bildung ergeben, gezielt gefördert werden können. Unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ kann man den Eindruck gewinnen, hier habe man es vor allem mit einem Vertriebsproblem zu tun. Es fehlt ein Konzept, dass die Digitalisierung der Produktion von Gütern berücksichtigt. Die Marktbedingungen für Produktionsprozesse müssen verbessert und eine an der Digitalisierung ausgerichtete Innovationsförderung etabliert werden. Im Zuge der Digitalisierung von Produktion wird sich auch „Arbeit“ wegen zunehmender Orts- und Zeitsouveränität wandeln und neue soziale Probleme mit sich bringen, für die es in der Kommission keinerlei Sensibilität zu geben scheint. Es wird noch nicht einmal angedeutet, vor welche Herausforderungen dies Beschäftigungs-, Arbeitsschutz- und Sozialpolitik stellen könnte.

#### **Strategie ohne gemeinsame Grundwerte**

Zu selten haben wir den Mut einer Strategie zunächst gemeinsame Grund-

werte voranzustellen und diese als erstrebenswerte und zu verteidigende Ziele zu definieren. Es gilt Freiheit, Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe auch in einer digitalisierten Welt optimal zu gewährleisten. Natürlich darf man die Digitalisierung auch nutzen, um Geld zu verdienen, um Wachstum und Beschäftigung voranzutreiben, solange dabei diese grundsätzlichen Ziele und Werte nicht aus dem Blick geraten. Die Digitalisierung ist eine Chance, genau diese Werte und Ziele zu verwirklichen. Risiken, die Einzelne nicht tragen können, können kollektiv ausgeglichen werden, wenn man zu einer Offenheit und Transparenz des Handelns bereit ist.

Neben der Digitalstrategie arbeiten wir gerade an der Verordnung zur Netzneutralität - die derzeit laufenden Verhandlungen des Parlaments mit Rat und Kommission gestalten sich zäh. Nur schwerfällig lassen sich vor allem die Mitgliedstaaten davon überzeugen, dass eine möglichst starke gesetzliche Absicherung der Netzneutralität Teilhabe und Vielfalt an Meinungen und kulturellen Ausdrucksformen sichert und so das Internet als Innovationsmotor erhält. Nur der gleichberechtigte Datentransport garantiert geringe Marktzugangsbarrieren, weil neue Anwendungen und Inhalte kostengünstig ohne weitere Hürden möglichst viele Menschen erreichen. Es muss verhindert werden, dass Kommunikationsdienstleister aus reiner Gewinnerzielungsabsicht Einfluss auf Kommunikationsströme und damit auf gesellschaftliche Teilhabe nehmen dürfen.

#### **Regulierung von Plattformen erforderlich**

Schließlich bedarf es einer modernen Regulierung von Plattformen, auch um Auffindbarkeit und Diskriminierungsfreiheit sicher zu stellen. Schon vor nunmehr zwei Jahren haben Europaparlamentarier darauf hingewiesen, dass der Begriff des audiovisuellen Mediendienstes in der AVMD-Richtlinie zukunftsfester gestalten werden müsse, wenn man denn weiterhin Ziele wie zum Beispiel eine umfassende, vielfältige Berichterstattung, eine faire Koexistenz privater und öffentlich-rechtlicher Rundfunkanbieter, faire Werberegeln und auch Kinder- und Jugendschutz unter Zuhilfenahme audiovisueller Mediendienste effizient erreichen möchte. Dazu müssen diese Dienste auf Plattformen vor allem auffindbar sein

und unter fairen Marktbedingungen finanzierbar und herstellbar sein. Die Strategie verkennt, dass eine Revision des Begriffs des audiovisuellen Mediendienstes überfällig ist, wenn man ihm auch mittelfristig eine besondere gesellschaftspolitische Bedeutung zumessen möchte, die deutlich über die Bedeutung als ein reines Wirtschaftsgut hinaus reicht.

#### **Ein richtiger Anfang – aber mutlos**

Insgesamt ist diese Digitalstrategie der Kommission ein richtiger Anfang. Aber es wäre mehr Mut erforderlich. Ich hätte mir ein Papier gewünscht, das mehr vom Geist des Ermöglichens statt vom Bewahren und vom Schutz vor Gefahren geprägt ist - ohne dass man dabei die Herausforderungen, die es sicherlich gibt, respektlos behandelt. Will man die europäische Aufholjagd starten, von der immer wieder die Rede ist, müsste sehr viel klarer umrissen werden was man will und was nicht. Es wäre noch nicht mal sehr mutig gewesen zu sagen, dass man ein modernes Kartellrecht

**„Es gilt Freiheit, Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe auch in einer digitalisierten Welt optimal zu gewährleisten.“**

schaffen will, dass es möglich macht, außereuropäischen Anbietern wie Netflix etwas aus der EU entgegenzusetzen, statt die Idee „Germanys Gold“ oder „Amazonas“ mit einer in der globalen digitalen Welt anachronistisch wirkenden Markttabung zu verbieten. Man kann deutlich sagen, dass man von Suchmaschinenanbietern erwartet, dass sie ihre eigenen Angebote nicht bevorzugen und Algorithmen dementsprechend so anzulegen sind, dass sie Suchergebnisse nachprüfbar allein nach dem Kriterium des Verbraucherzweckes listen. Solche klaren Ansagen finden sich kaum, alles bleibt sehr im vagen und erinnert in der Konsequenz dann doch eher an eine Spazierfahrt ins Neuland statt an die angekündigte Aufholjagd. ■